

Bereich	Entwicklungen
Strukturelle Entwicklungen in der BGE mbH und im Bereich Standortauswahl	<ul style="list-style-type: none"> • Die BGE mbH finalisiert die Umstrukturierung und die Zusammenführung der Organisationsbereiche aus den Altorganisationen BfS, DBE und Asse – GmbH unterhalb der Bereichsleitungen durch die Benennung der zweiten Führungsebene. • Der Bereich Standortauswahl optimiert die Vorgehensweise bei der Rekrutierung von Eigenpersonal für den Bereich Standortauswahl mit Hilfe von Mehrbesetzungsverfahren. • Für den Bereich Standortauswahl wurde ein Aktenplan angelegt, der sich an der Projektstruktur orientiert. Der nach dem Aufgabenprinzip strukturierte Plan umfasst alle Tätigkeiten bis zur Arbeitsebene. Die Übersichtlichkeit soll dazu beitragen, dass die hohen Anforderungen an die gesetzlich festgelegte Transparenz im Verfahren gewährleistet werden können. Der Aktenplan wurde der Geschäftsstelle des NBG bereits übermittelt und kann auch als Orientierung für künftige Akteneinsichtnahmen dienen.
Stand Standortauswahlverfahren	<p><u>Anwendung der Ausschlusskriterien gemäß § 22 StandAG</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Die kriterienbezogene Ausschluss technik konnte für den überwiegenden Anteil der gesetzlichen Kriterien weiterentwickelt werden. • Eine komplexe Aufgabe bleibt die Entwicklung einer Anwendungsmethodik für die Kriterien "Großräumige Vertikalbewegungen" und „Vulkanische Aktivität“, welche eine Prognose für den Nachweiszeitraum von einer Million Jahren erfordern. Für die Klärung dieser Aufgabe steht die BGE im fachlichen Dialog mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR). Die BGR wurde mit Studien beauftragt, wie Prognosen über einen Zeitraum von einer Millionen Jah-

Bereich	Entwicklungen
	<p>re prinzipiell erfolgen könnten und welche Daten dafür notwendig sind. Die Ergebnisse werden noch im 2. Quartal 2019 erwartet.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die probeweise Anwendung der kriterienbezogenen Ausschlussstechnik hat im 1. Quartal 2019 begonnen. Basierend auf den dabei gewonnenen Erkenntnissen wird die BGE die Ausschlussstechniken stetig weiterentwickeln und verbessern. • Für die Anwendung des Kriteriums „Einflüsse aus gegenwärtiger oder früherer bergbaulicher Tätigkeit“ wurden nur verhältnismäßig wenige digitale (Vektor-) Daten im Hinblick auf bergbauliche Aktivitäten durch die Landesbehörden geliefert. Aufgrund des derzeit gültigen Lagerstättengesetzes von 1934 sind die Risswerke von den Behörden in analoger Form vorzulegen. Für die Bearbeitung des Kriteriums müssen die Tagesöffnungen, die Sohlenrisse mit der größten lateralen Erstreckung und mit der tiefsten und höchsten Teufe der Bergwerke erfasst, digitalisiert und georeferenziert werden. Bei der Erfassung und Digitalisierung dieser Daten wird die BGE von externen Dienstleistern unterstützt. Die hierfür getätigte Ausschreibung zur Schließung einer Rahmenvereinbarung für die Erfassung, Digitalisierung, ggf. Vektorisierung und Georeferenzierung der analogen Daten bei den zuständigen Landesbehörden war erfolgreich. Der Beginn der Arbeiten ist für den Juni 2019 geplant. Begonnen wird die Digitalisierung in Sachsen unter Begleitung eines Mitarbeiters der Standortsuche. <p><u>Anwendung der Mindestanforderungen gemäß § 23 StandAG</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Nachdem sich im Zuge erster Sichtungen und Prüfungen der eingegangenen Daten zu den Mindestanforderungen individuelle Nacherhebungs-

Bereich	Entwicklungen
	<p>und Klärungsbedarfe ergeben haben, wurden Besuche bei allen zuständigen Landesbehörden gestartet. Der Austausch bei den vor Ort Terminen bei den Behörden ist durchgehend ergebnisfördernd. Die BGE wird, noch bis in die Sommermonate 2019 hinein, Termine solcher Art durchführen, um mit allen Ländern und der BGR vor Ort Fragen zu den bereits erfolgten Datenlieferungen zu klären, dort Einschätzungen über vorliegende 3D-Modelle der Länder zu erfragen und die Übergabemodalitäten zu besprechen.</p> <p>Die bestehenden 3D-Modelle der Länder sind eine Grundlage für ein Verständnis des geologischen Untergrundes Deutschlands und werden deshalb als geeignete Basis für die Anwendung der Mindestanforderungen, geowissenschaftlichen Abwägungskriterien und ggf. Ausschlusskriterien durch die Vorhabenträgerin BGE angesehen.</p> <ul style="list-style-type: none"> Die BGE bleibt bei dem Ansatz, die Daten für die Anwendung der Mindestanforderungen auf das gesamte Bundesgebiet zu beziehen. Dies in Kenntnis der gesetzlichen Vorgabe, dass die Mindestanforderungen auf Basis der zuvor nicht ausgeschlossenen Gebiete anzuwenden sind. Ein Grund für dieses methodische Vorgehen der BGE liegt in der Verfahrenseffizienz, also in der Parallelisierung der Datenbeschaffung und –aufbereitung für die Anwendung der Ausschlusskriterien und der Mindestanforderungen. Ferner wird die Datenbasis zur Anwendung der Ausschlusskriterien aufgrund der sukzessiven Erfassung analoger Daten noch anwachsen. Somit sind die nicht ausgeschlossenen Gebiete erst relativ spät ermittelbar. Es wird daher erst zum Zeitpunkt der Vorlage des Zwischenberichts Teilgebiete klar sein, welche Gebiete tatsächlich ausgeschlossen werden können. <p>Ein wichtiger Verfahrensgrundsatz begründet die Parallelisierung der Anwendung darüber hinaus: Das Standortauswahlverfahren ist als lernendes</p>

Bereich	Entwicklungen
	<p>Verfahren angelegt. Die Option eines Verfahrensrücksprungs muss offengehalten werden. Durch die Erfassung und Anwendung der Mindestanforderungen auf das gesamte Bundesgebiet wird ermöglicht, dass stets in ein vorheriges Verfahrensstadium zurückgesprungen werden kann. So könnte im Falle einer Aktualisierung oder Revidierung von Datenlieferungen durch die Bundes- und Landesbehörden die Arbeit aus einem früheren Stadium heraus aktualisiert werden, weil alle übermittelten Daten verarbeitet wurden und diese damit auch weiterhin vorhanden wären für eine neue Anwendung der Kriterien.</p> <p><u>Geowissenschaftliche Abwägungskriterien</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Grundlagenermittlung zur Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien hat begonnen. Für das aktuell laufende Forschungsvorhaben zur „Grundlagenentwicklung für repräsentative vorläufige Sicherheitsuntersuchungen und zur sicherheitsgerichteten Abwägung von Teilgebieten mit besonders günstigen geologischen Voraussetzungen für die sichere Endlagerung Wärme entwickelnder radioaktiver Abfälle" (RESUS) befindet sich die BGE in einem engen fachlichen Austausch mit den Auftragnehmern GRS, BGR und BGE Technology GmbH. Im Rahmen der Zusammenarbeitsvereinbarung mit der BGR werden Definitionen und Erläuterungen zum Verständnis der Abwägungskriterien gemäß § 24 und der Anlagen 1 bis 11 zu § 24 erarbeitet und erste methodische Ansätze für die Anwendung entwickelt. • Die Vorgehensweise bis hin zur Ausführungsreife wird durch die BGE festgelegt werden. Im Anschluss wird, auf der Basis der zuvor durch Anwendung der Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen ermittelten Gebiete, anhand der ge-

Bereich	Entwicklungen
	<p>owissenschaftlichen Abwägungskriterien bewertet werden, ob in einem Gebiet günstige geologische Voraussetzungen für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle erwartet werden.</p> <p><u>Planungswissenschaftliche Abwägungskriterien</u></p> <p>Die Grundlagenermittlung für die Anwendung der in der Anlage 12 zu § 25 StandAG aufgeführten Kriterien konnte fortgeführt werden.</p>
Akteneinsichtnahmen	<p>Am Dienstag, 30. April 2019, ist Prof. Dr. Wernt Brewitz erstmals zur Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) nach Peine gekommen, um seinen Auftrag zu erfüllen, und Einsicht in die von der BGE gesammelten Geodaten zu nehmen, die im Rahmen des Standortauswahlverfahrens für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle bei den Landes- und Bundesbehörden abgefragt worden sind. Er kam mit den NBG-Mitgliedern Klaus Brunsmeier und Dr. habil. Monika C.M. Müller in die BGE-Zentrale. Es war der erste Akteneinsichtstermin seitdem NBG und BGE eine Verfahrensvereinbarung darüber geschlossen haben.</p>
Verfahrensplanung	<p>Dem BfE wurde in Kalenderwoche 16 ein Quartalsbericht Standortauswahl übermittelt. Darin wird der Stand der Arbeiten der BGE als Vorhabenträgerin gemäß StandAG in Bezug auf bestehende oder angepasste Planungen beschrieben, s. Anlage 1.</p>
Aufsichtliches Statusgespräch Bereich Standortauswahlverfahren	<p>Ein erstes aufsichtliches Statusgespräch nach dem Abschluss der Vereinbarung zur Zusammenarbeit fand am 21.01.2019 statt. Das beigefügte Protokoll, s. Anlage 2, wurde auch auf der Informationsplattform gemäß § 6 StandAG veröffentlicht. Zum nächsten aufsichtlichen Statusgespräch ist die BGE am 06.05.2019 geladen.</p>
Forschung	<p>Der Bereich Standortauswahl hat begonnen seinen Forschungsbedarf zu ermitteln und im Rahmen eines Workshops mit Experten aus Wissenschaft und Forschung zur Diskussion gestellt. Die Ergebnisse des Fachworkshops</p>

Bereich	Entwicklungen
	zum Forschungsbedarf in Braunschweig am 19./20. März 2019 werden zusammengetragen und zeitnah veröffentlicht.
Gesetzgebung und untergesetzliche Regelwerke	<p><u>GeolDG</u> Auf der NBG-Veranstaltung zu den Geologiedaten im Standortauswahlverfahren am 2. Februar 2019 wurde ein Arbeitsstand GeolDG- Entwurf vorgestellt. Die BGE hat darauf hingewiesen, dass noch keine abdeckende Regelung für das Standortauswahlverfahren in die Entwürfe eingegangen ist. Im Standortauswahlgesetz ist, im Vergleich zu anderen Verfahren, ein hoher Grad an Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Verfahrens festgeschrieben. Aus Sicht der BGE ist eine gesetzliche Regelung der Veröffentlichung noch in diesem Jahr zwingend erforderlich, um mit der Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete im dritten Quartal 2020 den Zusammenhang zwischen den erarbeiteten Ergebnisse und den zugrundeliegenden Geodaten herzustellen zu können. Für viele der zur Verfügung gestellten Geodaten bestehen Urheber-, Eigentums- und exklusive Nutzungsrechte. In einigen Fällen ist der Besitzer unbekannt oder nicht mehr ermittelbar.</p> <p><u>Verordnung Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung</u> Die auf der Statuskonferenz im November 2018 für April 2019 angekündigte Beteiligung der Öffentlichkeit an einem Verordnungsentwurf zu den auf der Basis der Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle aus dem Jahr 2010 zu entwickelnden Verordnung hat noch nicht stattgefunden.</p>
Veranstaltungen zur Standortauswahl im ersten Tertial 2019	<ul style="list-style-type: none"> • 8.01.2019 Leipzig: Teilnahme am regionalen Workshop des BfE für kommunale Gebietskörperschaften • 10.01.2019 Hamburg: Teilnahme am BfE-Workshop • 14.01.2019 Frankfurt/Main: Teilnahme am BfE-Workshop

Bereich	Entwicklungen
	<ul style="list-style-type: none"> • 16.01.2019 Ulm: Teilnahme am BfE-Workshop • 19./20.3. Fachworkshop Forschungsbedarf Braunschweig • 10.4. öffentliche Veranstaltung zum Forschungsbedarf in Berlin • 24.4. Endlager gesucht, Kiel
Ausblick: Kommende Veranstaltungen zu Beginn des zweiten Tertials 2019	<ul style="list-style-type: none"> • 10.5. Jugendworkshop zur Vorbereitung eines Beteiligungsformats für die junge Generation mit BfE und NBG in Berlin • 27.5. Endlager gesucht, Schwerin